



EINE GRUPPE DER „STUDIS GEGEN RECHTS“ HAT SICH AUCH AN DER UNIVERSITÄT POTSDAM GEGRÜNDET.

Foto: Marius Theumer

Aktiv gegen den Rechtsruck

BEI „STUDIS GEGEN RECHTS“ ENGAGIEREN SICH VIELE STUDIERENDE WARUM GERADE JETZT?

„Studis gegen Rechts“ bieten ein niedrighschwelliges Unterstützungsangebot, um Studierenden den Einstieg in den Kampf gegen rechts zu erleichtern. Die gemeinsamen Erfahrungen zeigen, dass Veränderungen möglich sind.

Ihr gesellschaftliches Verantwortungsgefühl hat Alma gedrängt, bei „Studis gegen Rechts“ aktiv zu werden. Die Studentin der Geschichte, Politik und Gesellschaft an der Universität Potsdam berichtet, wie Probleme mit rechten Gewaltakten an der Universität sie dazu bewegt haben zu zeigen, dass etwas gegen rechte Hetze und Gewalt getan werden kann. Durch das Netzwerk hat sie bereits viele Menschen kennengelernt, auch solche, die

>>> das erste Mal aktiv wurden, was sie motiviert hat, dabei zu bleiben. Alma verspricht sich von „Studis gegen Rechts“ ein langfristiges Politisieren und Aktivieren gegen den Faschismus. Das Gemeinschaftsgefühl ist für die 21-Jährige sehr wichtig: „Das Gefühl, nicht länger mit der Hilflosigkeit und Machtlosigkeit allein zu sein, sondern sich gegenseitig zu stärken, motivieren und unterstützen, ist mir dabei ein großes persönliches Anliegen.“ Die Motivation der Bewegung fasst die 20-jährige Kira mit wenigen Worten zusammen: „Unser Name verrät schon einiges. Zu unseren Treffen, Veranstaltungen und Aktionen kommen nicht nur Studierende, auch wenn hierauf der Fokus unserer Initiative liegt. Studierende sollen sich klar positionieren und gesellschaftliche Themen in den Universitäten und Hochschulen sichtbar machen“, erklärt die Studentin der Geschichte, Politik und Soziologie an der Universität Potsdam. „Studis gegen Rechts“ ist es wichtig, dass hierfür auch neue Wege gegangen werden. „Außerdem ist es auch der Versuch, Menschen anzusprechen und abzuholen, die noch nicht politisiert sind und für welche die Hürde, sich in einer etablierten antifaschistischen Initiative zu engagieren, oft sehr groß sein kann.“ Dabei erhofft sich die Initiative auch, Kämpfe mit bereits bestehenden Gruppen und Initiativen verbinden zu können. Auch in kleineren Hochschulstädten hat die Bewegung bereits Fuß gefasst. Louisa, Studentin an der Universität Bamberg, berichtet von der Arbeit vor Ort: „Unser Ziel war es, durch die Initiative einen Großteil der Studierendenschaft politisch zu

aktivieren und zu vernetzen. Wir haben einfach gesehen, dass es aufgrund der politischen Situation ein großes Bedürfnis gab, aktiv etwas dagegen zu tun. Und weil es bundesweit schon so gut funktioniert hat, wollten wir den Studis in Bamberg auch diese Vernetzungsmöglichkeit bieten.“ Bereits zur Auftaktveranstaltung im Dezember 2024 kamen knapp 100 Studierende zusammen, was für das Milieu einer kleineren Universitätsstadt beachtlich ist. So konnten sie erfolgreich eine Struktur mit Arbeitskreisen und Projektgruppen etablieren.

Raus aus der Ohnmacht

Doch wie ist es „Studis gegen Rechts“ gelungen, Menschen zu erreichen, die vorher noch nicht politisch aktiv waren? Maïke erzählt, was sie bewegt hat, sich jetzt einzubringen: „Mich hat vor allem der Rechtsruck motiviert, weil ich gemerkt habe, dass man jetzt wirklich was tun muss und ich auch mehr tun wollte, um im Nachhinein auch sagen zu können: Ich hab’s wenigstens probiert.“ In dem Moment, als sie dem gesellschaftlichen Rechtsruck nicht mehr zuschauen wollte, kam der Aufruf von „Studis gegen Rechts“ genau richtig. Tara (Name geändert), Studentin an der Fachhochschule Potsdam, ging es ähnlich. Die Studentin der Sozialen Arbeit berichtet, dass sie sich seit mehreren Jahren für weltpolitische Entwicklungen interessiert und diese meistens über Social Media verfolgt habe. Durch eine Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in Hochschulseminaren fühlte sie sich überfordert vom Rechtsruck und berichtet von



Foto: Marius Theumer

Angst: „Aus diesem Ohnmachtsgefühl heraus wollte ich mich aktiv an einer Veränderung der politischen Lage beteiligen.“ Bei „Studis gegen Rechts“ konnte sie einen Weg aus der Passivität finden, denn dort gehen „Aktivismus und politische Auseinandersetzung mit dem Hochschulleben einher, wodurch ich ein konkretes Handlungsfeld habe, in dem ich aktiv werden kann. Außerdem verbindet alle Beteiligten ein starkes Gemeinschaftsgefühl, was zu mehr Sicherheit und Motivation führt“, so die Studentin. Nach der ersten Sitzung war für die 20-jährige Tara undenkbar, nicht bei „Studis gegen Rechts“ mitzuwirken. Sich mit anderen zu verbünden, sich stark zu fühlen, das habe sie abgeholt. Konkret aktiv wurde sie, weil sie dabei helfen wollte, die Initiative in Potsdam zu etablieren.

Hinsetzen, widersetzen!

Neben „Studis gegen Rechts“ gibt es mit „widersetzen“ noch eine weitere bundesweite Initiative gegen rechts, die sich ebenfalls 2024 gegründet hat. Das Bündnis agiert in Vernetzung mit den DGB-Gewerkschaften gesellschaftsübergreifend. Anlässlich des Bundesparteitags der AfD im Juni 2024 in Essen trat das Bündnis erstmals öffentlich auf. Dabei konnte es bereits sein hohes Mobilisierungspotenzial unter Beweis stellen: Mehr als 7.000 Personen beteiligten sich an einer Sitzblockade, über 50.000 bildeten einen Demonstrationzug durch die Stadt. Den erfolgreichen zivilen Ungehorsam in Form von Blockaden wiederholte „widersetzen“ anlässlich des AfD-Bundesparteitags 2025 in Riesa: Mit etwa

12.000 Teilnehmenden schlossen sich noch mal deutlich mehr als in Essen der Sitzblockade an.

Auffangen statt Resignation

Es stellt sich die Frage, wie erfolgreich die Proteste der Bewegung(en) letztlich sein können. Auch die Massenproteste Anfang 2024 gegen die sogenannten „Remigrationspläne“ nach Veröffentlichung der Correctiv-Recherche zogen kaum handfeste Veränderungen nach sich: Das AfD-Verbotsverfahren kommt nicht voran und die Umfragewerte der AfD sinken nicht. Jetzt, da bekannt ist, dass die AfD zweitstärkste Kraft im Bundestag ist, steht für Kira aus Potsdam fest: „Es braucht die Unterstützung und den Rückhalt von anderen Menschen, die nicht einfach die Augen davor verschließen – dadurch fühle ich mich aufgefangen. Auffangen bedeutet einerseits, schlechten Gefühlen und Realitäten ins Auge zu blicken und sich über eigene Ängste auszutauschen, um nicht allein damit zu bleiben. Außerdem bedeutet Auffangen trotz und gerade wegen dieser Aussichten nach der Bundestagswahl, aufzustehen und weiterzumachen. Möglichkeiten zu schaffen, etwas zu verändern und nicht ohnmächtig zuzusehen. Nach der Wahl ist vor der Wahl!“ ■



Foto: privat

LEA DAHMS studiert Staatswissenschaften an der Universität Passau. Sie ist im Landesausschuss der GEW-Studierenden Bayern.



DIE ANWESENDEN WURDEN AUFGERUFEN, ZU EINER DEMONSTRATION ANLÄSSLICH DES PARTEITAGS DER AfD NACH RIESA MITZUFAHREN.

Foto: Marius Theumer

Ausgang der Bundestagswahl

ZUM JAGEN TRAGEN

*Bei der vorgezogenen Bundestagswahl haben die Wähler*innen den Weg für eine Koalition frei gemacht, die man früher „groß“ nannte. Wird sie die Kraft für überfällige Reformen in Bildung und Wissenschaft aufbringen?*

Dieser Wahlkampf hatte es in sich. Es schien nicht nur um die üblichen politischen Weichenstellungen zu gehen, sondern um eine Schicksalswahl, in der die Zukunft unserer Demokratie auf dem Spiel stand. Tatsächlich machen über zehn Millionen Wähler*innenstimmen für die rechtsextreme AfD deutlich, wie ernst es um unsere Demokratie steht. Und wieder einmal hat sich gezeigt: Wer die rassistischen Narrative der AfD bedient und ihre migrationspolitischen Forderungen kopiert, macht diese Partei nicht kleiner, sondern größer. Zusätzlich wertete ein historischer Tabubruch die AfD auf: Ausgerechnet am Tag des Holocaust-Gedenkens im Parlament ließ die Unionsfraktion im Bundestag mit den Stimmen von FDP und AfD einen Antrag für eine restriktive Migrationspolitik beschließen.

Die Sorge, dass dem Tabu- ein Dammbbruch folgen könnte, erzeugte aber auch eine Gegenbewegung. Wie ein Jahr zuvor, als das Medienhaus Correctiv über die Remigrationspläne berichtet hatte, gingen hunderttausende Menschen gegen Rassismus und Rechtsextremismus auf die Straße – nicht ohne Auswirkungen auf den Wahlausgang. Die Union brach zwar nicht ein, blieb aber deutlich hinter ihren Erwartungen zurück. Auch die FDP erhielt die Quittung und scheiterte deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde. Die totgesagte Linke, die dem von der AfD vorgegebenen Diskurs am offensivsten widersprach und eigene Themen entgegensetzte,

erlebte hingegen ein fulminantes Comeback. Aufgrund des Ausscheidens von FDP und BSW aus dem Bundestag verfügen Union und SPD nun über eine parlamentarische Mehrheit und werden wohl eine Koalition bilden, die früher als „groß“ bezeichnet wurde. Ihre Zusammenarbeit ist doppelt belastet: Zum einen hat Unionskanzlerkandidat Friedrich Merz (CDU) zwar nach dem Tabubruch vom Januar eine Koalition mit der AfD kategorisch ausgeschlossen, gleichwohl steht der blaue Elefant seitdem schweigend im Raum. Ein Szenario, dass Merz nach gescheiterten Verhandlungen eine Zusammenarbeit mit der extremen Rechten in Betracht ziehen könnte, ist schlicht nicht mehr undenkbar. Zum anderen verfügt die SPD über eine starke Verhandlungsposition, weil die Union diesseits der AfD nicht einmal rechnerisch über Alternativen zur Sozialdemokratie verfügt. Unter dem Eindruck eines polarisierten Wahlkampfes ist das Risiko eines Scheiterns der Verhandlungen oder später ein Bruch der Koalition hoch.

Bedeutung für die Wissenschaftspolitik

Doch was bedeutet eine Koalition aus Union und SPD für die Bildungs- und Wissenschaftspolitik der nächsten Bundesregierung? Im Wahlkampf spielte das Thema praktisch keine Rolle. Die GEW versuchte, mit ihrer Wahlkonferenz Wissenschaftspolitik am 12. Februar in Berlin gegenzusteuern und nahm Bundestagsabgeordnete aus SPD, Union, Grünen und Linke ins Kreuzverhör – mit durchaus überraschenden Befunden.

So zeigten sich nicht nur Linke und Grüne, sondern auch SPD und Union offen für eine „echte BAföG-Reform“, für die sich die GEW im Bündnis mit acht weiteren Organisationen ausgesprochen hat. Während Thomas Jarzombek (CDU) für eine Anhebung der BAföG-Bedarfssätze auf Bürgergeld-Niveau und die Regionalisierung der Wohnpauschalen in



Foto: Kay Hirschelmann

PODIUM MIT BUNDESTAGSABGEORDNETEN BEI DER GEW-WAHLKONFERENZ WISSENSCHAFTSPOLITIK AM 12. FEBRUAR IN BERLIN, VON LINKS NACH RECHTS: DR. JAN-MARTIN WIARDA (MODE-
RATION), DR. CAROLIN WAGNER (SPD), THOMAS JARZOMBEK (CDU), DR. ANDREAS KELLER (GEW),
LAURA KRAFT (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), NICOLE GOHLKE (DIE LINKE)

Anlehnung an das Wohngeldgesetz warb, machte sich Carolin Wagner (SPD) sogar für eine Umstellung des BAföG auf einen Vollzuschuss mit der Perspektive einer Elternunabhängigkeit stark. Der Haken: Bei der Debatte über die GEW-Forderungen zur Hochschulfinanzierung – einem von drei Kapitel ihrer „**Anforderungen an die Wissenschaftspolitik der nächsten Bundesregierung**“ (Download: <https://kurz.gew.app/anf-wisspol>) – zeigte sich Jarzombek äußerst reserviert. Einem stärkeren finanziellen Engagement des Bundes erteilte er eine Absage. Um Finanzierungslücken zu schließen, möge man auf privates Kapital oder die Rüstungsforschung setzen, so der CDU-Bildungspolitiker. Am deutlichsten auf Widerspruch stieß diese Aussage bei Nicole Gohlke (Linke), die wie die GEW für eine Abschaffung der Schuldenbremse und die stärkere Besteuerung von Reichen und Superreichen plädierte. Die Linke ist die einzige Partei, die sich in ihrem Wahlprogramm explizit für „Dauerstellen für Daueraufgaben“ in der Wissenschaft einsetzte und damit einen alten GEW-Slogan aufgriff. 2021 war der Slogan bereits überraschend im Koalitionsvertrag der Ampelkoalition zu lesen. Die von SPD, Grünen und FDP in Angriff genommene Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) konnte aber vor dem Ampel-Aus nicht mehr abgeschlossen werden. In der neuen Wahlperiode wird es darauf ankommen, Union und SPD an das Projekt zu

erinnern. Denn von allein haben sich die Probleme nicht gelöst: Zu viele Zeitverträge mit zu kurzen Laufzeiten, unsichere Karrierewege und familienfeindliche Bedingungen bestimmen nach wie vor den Alltag der allermeisten Wissenschaftler*innen, wie soeben erst der Bundesbericht Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einer frühen Karrierephase (BuWiK) zeigte. Ob es gelingen kann, eine von Friedrich Merz geführte Regierung zum Jagen zu tragen, ist offen. Dass CDU, CSU und SPD als Ergebnis ihrer Sondierung eine halbe Billion Euro für ein „Sondervermögen Infrastruktur“, explizit auch in Bildung und Wissenschaft, angekündigt haben, ist ein erster Erfolg unserer beharrlichen Kampagnen. Ob das Geld wirklich in Kitas, Schulen und Hochschulen ankommt und zudem von überfälligen Strukturreformen flankiert wird, hängt letztlich auch von uns ab. Schafft es die GEW im Bündnis mit anderen Gewerkschaften, Studierenden-, Wissenschafts- und zivilgesellschaftlichen Organisationen, weiterhin Druck außerhalb des Parlaments aufzubauen? Wir arbeiten daran. ■



Foto: GEW Mecklenburg-Vorpommern

DR. ANDREAS KELLER ist stellvertretender Vorsitzender und Vorstandsmitglied für Hochschule und Forschung der GEW.

Drei Jahre später

UKRAINISCHE STUDIERENDE IN DEUTSCHLAND ERZÄHLEN

Seit drei Jahren herrscht in der Ukraine Krieg. Wie ist die Situation für geflohene Studierende heute?

Mariya studiert seit Frühjahr 2023 Bauingenieurwesen in Nordrhein-Westfalen. Einige Monate zuvor musste sie aus Mykolajiw flüchten. Jetzt sitzt die 23-Jährige im Wohnzimmer ihrer WG an einem Laptop, dessen Licht sich in ihrer Brille reflektiert. „Der Übergang war einfach“, sagt sie, relativiert aber sofort, sie habe die Übertragung von ECTS-Punkten gemeint. Sie bringt den Satz nicht zu Ende, sondern lacht ein wenig. Kaum ein Staat außerhalb der EU ist so eng in den Bologna-Prozess eingebunden wie die Ukraine – zumindest formal. Studierende aus der Ukraine haben noch für ein Jahr legale Bleibemöglichkeiten in Deutschland und genießen als Vertriebene vorübergehenden Schutz. Anders als Konventionsflüchtlingen oder subsidiär Schutzberechtigten wird ihnen oft zugestanden, über ihren Aufenthaltsort in Deutschland frei zu bestimmen, sie dürfen arbeiten und haben fast unbegrenzten Zugang zu Krankenversicherung und anderen Sozialleistungen. Aber für Mariya ist die Situation im Alltag dennoch schwierig: „Ich hatte Glück. Ich habe Deutsch in der Schule gehabt. Aber das reicht halt nicht. Keiner versteht diese ganzen Anträge.“

Zahlen schwer zu schätzen

In der Anfangsphase des Krieges wurden zunächst etwa 33.000 Studierende erfasst. Davon hatten ca. 10.000 weder eine deutsche noch eine ukrainische Staatsbürgerschaft, sondern absolvierten zum Zeitpunkt der Invasion einen Auslandsaufenthalt in der Ukraine, wie die Landesrektorenkonferenz Baden-Württemberg im Sommersemester 2022



Foto: Johanna Weitzel

erklärte. Bis heute sind die Zahlen der aus der Ukraine geflüchteten Studierenden nur schwer einzuschätzen und unterliegen starken Fluktuationen. Laut eines aktuellen Forschungsberichts des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sind derzeit 16 Prozent der rund 1,2 Millionen geflüchteten Ukrainer*innen in einen formalen Bildungserwerb eingebunden. Hiervon wiederum studieren rund vier Prozent.

Studium im Krieg

Trotz Krieg geht das Studium für viele weiter. Ein Teil der ukrainischen Studierenden führt es an Hochschulen des Herkunftslandes online fort. Das Online-Studium ist eine wichtige Ressource, ist aber auch nicht immer funktionsfähig, da die russische Armee gezielt die Stromversorgung attackiert, was die Bereitstellung der Online-Formate massiv einschränkt. Dazu fehlt es an Lehrpersonal: Männer, die älter als 25 Jahre und weder gesundheitlich eingeschränkt sind noch kritische Infrastruktur aufrechterhalten, werden routinemäßig eingezogen. Zugleich beschreibt Mariya im Gespräch, dass sie kaum Kontakt zu jenen habe, die sich im ukrainischen Bildungssystem befinden, während sie in Deutschland leben: „Aber was sollen sie tun? Sie hängen von ihren Familien ab, weil Deutschland sie nicht unterstützt. Sie bekommen ja nicht mal BAföG.“ Die Situ-

ation verkompliziert sich dadurch, dass Fortführung und Abschluss des Studiums gänzlich unterschiedlich geregelt sind. Beispielsweise stellen Ärztekammern weltweit die Anerkennung für Medizinabschlüsse aus der Ukraine ein. Der Grundtenor: Medizin lasse sich nicht digital lehren.

Was ist also die Alternative zu diesem Modell?

Mariya ist bereits 2023 an eine Universität in Nordrhein-Westfalen gewechselt. Nach vielen Verzögerungen steht sie nun kurz vor dem Bachelorabschluss. Ihr taten es viele geflüchtete Studierende gleich. Wie viel Unterstützung sie dabei vor Ort erhielten und weiterhin erhalten, variiert stark. Aktuell entwickeln sich neue Formate. So hat beispielsweise die Universität Ulm in Kooperation mit der Nationalen Universität W. N. Karazin in Charkiw einen ukrainisch-deutschen Bachelorstudiengang eingerichtet, an dessen Ende ein Doppelabschluss in Mathematik und Computer Science steht. Studierenden war es so erstmals 2024 möglich, dieses in Deutschland einzigartige Studium aufzunehmen.

Kooperationen ermöglichen

Der freie Zusammenschluss von student*innen-schaften forderte bereits 2022 eine Vereinheitli-

chung des Unterstützungsangebots für ukrainische Studierende. Der DAAD wiederum versucht, im Rahmen eines deutsch-ukrainischen Hochschulnetzes „nachhaltige Kooperationen zwischen Hochschulen in Deutschland und der Ukraine aufzubauen und eine Integration der Ukraine in den europäischen Hochschulraum zu ermöglichen“. Auf diese Weise sollen unter anderem kooperative Studiengänge gefördert werden; zurzeit liegen zahlreiche Anträge auf Förderung beim DAAD. Aber: Förderungen, die im Rahmen dieses Hochschulnetzes erfolgen sollen, sind an Vorhaben mit Projektcharakter gebunden. Sie sind befristet. Zur Frage, wie Befristung und Nachhaltigkeit miteinander zusammengehen, liefert der DAAD keine Erläuterung.

Mariya hat sich mittlerweile in Deutschland eingelebt. Will sie dennoch zurück in die Ukraine, wenn der Krieg vorbei ist? „Ich weiß es nicht. Aber mein Zuhause kann ich mir nicht ersetzen lassen.“ ■



Foto: privat

ELIAS M. LEIKEB ist studentischer Senator an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Er studiert Gymnasiallehramt und arbeitet als studentische Hilfskraft in der Politikdidaktik. Er ist Mitglied der GEW Bayern.



Foto: Nationale Universität Charkiw W. N. Karazin

DER HÖRSAAL DER FAKULTÄT PHYSIK UND TECHNOLOGIE, KARASIN-UNIVERSITÄT CHARKIW, NACH EINEM BOMBENANGRIFF

Projekt INNklusion

„KEINE KONZEPTE FÜR DIE SCHUBLADE“

Die Universität Innsbruck zeigt, wie gelebte Inklusion an Hochschulen aussehen kann.

In vielen Studiengängen ist das Thema Inklusion nicht wirklich präsent. Beispielsweise kommen zukünftige Architekt*innen erst in der Arbeitswelt mit dem Thema in Berührung, wenn sie barrierefrei bauen sollen. Das wollte ein Team aus der Fertigungstechnik der Universität Innsbruck ändern. Seit der Gründung des Projekts INNklusion im Jahr 2023 sind die wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen und PhD Student*innen Oliver Ott, Lennart Ralfs und Katharina Schmermbeck dabei und erzählen, wie sie versuchen, Barrieren abzubauen. Dazu gestaltet INNklusion transformative Lehre und ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe, die für Menschen mit Behinderungen weiterhin mit vielfältigen Barrieren verknüpft ist.

Mehr Selbstbestimmung

Nach dem Motto „Keine Konzepte für die Schublade“ versuchte das Team zunächst mit viel Engagement, das Vertrauen lokaler Vereine und Institutionen zu gewinnen. Sie sammelten Anliegen und Bedürfnisse, die mit und durch Bachelorstudierende der Mechatronik bearbeitet werden können. Auf einen Aufruf hin meldete sich unter anderem die persönliche Assistenz einer Person mit Locked-in-Syndrom, die nach einem schweren Unfall nur den kleinen Finger ein paar Zentimeter und die Augen bewegen konnte. Zwei Wochen später kamen die Studierenden in die Vorlesung INNklusion mit einem entwickelten Fingersensor zurück, der kleinste Bewegungen aufzeichnet und

dann einen Ton abspielt. Damit konnte die Klientin selbstbestimmt ihre persönliche Assistenz zu sich rufen.

In einem anderen Fall verhalf die Erfindung eines speziellen Haargummis, dessen Mechanismus einer einarmigen Studentin das Binden der Haare erleichtert, zu mehr Unabhängigkeit im Alltag. INNklusion möchte zudem die „Stille Stunde“ nach Tirol holen: eine Möglichkeit für reizreduziertes Einkaufen – das Projektteam ist im Kontakt mit der Tiroler Handelskammer und strebt eine Testphase an. Dies sind nur drei Beispiele für die Prototypen und Konzepte, die im Rahmen von INNklusion entstanden sind. Bereits im ersten Jahr ist zur Bachelorvorlesung auch eine interdisziplinäre Lehrveranstaltung für Masterstudierende hinzugekommen.

Expert*innen ihrer Lebensrealität

INNklusion stellt eines klar: Menschen mit Behinderungen sind keine Objekte von Hilfsmaßnahmen, sondern Subjekte ihrer eigenen Lebensrealität. Ihre Perspektiven sind unverzichtbar, wenn es darum geht, Barrieren zu erkennen und abzubauen.



„Das Projekt ist für uns nur ein Erfolg, wenn die betroffenen Personen von der entwickelten Lösung überzeugt sind und einen persönlichen Nutzen daraus ziehen. Im Idealfall erreicht es eine breitere Öffentlichkeit.“



LENNART RALFS, PHD STUDENT



Foto: Anna Zweirmüller

DAS PROJEKT INNKLUSION VERANSTALTET REGELMÄSSIG IDEEN-CAFÉS, UM AUSSAUSCH UND KREATIVITÄT ZU FÖRDERN.

„Wir können keine Assistenzlösungen entwickeln, ohne die Menschen einzubeziehen, die diese Lösungen tagtäglich brauchen“, betont Katharina. Mit einem klaren Fokus auf Co-Design – einem Ansatz, bei dem alle Beteiligten aktiv in die Entwicklung von Konzepten eingebunden werden – wird deutlich, dass Inklusion nur im Dialog funktionieren kann. „Das Projekt ist für uns nur ein Erfolg, wenn die betroffenen Personen von der entwickelten Lösung überzeugt sind und einen persönlichen Nutzen daraus ziehen. Im Idealfall erreicht es eine breitere Öffentlichkeit“, ergänzt Lennart. Das Vertrauen, das Menschen mit Behinderungen vorschießen, nimmt das Team sehr ernst. Deshalb achtet es darauf, dass kein Projekt auf der Strecke bleibt, auch wenn es von den Studierenden in einem Semester nicht zu Ende gebracht werden kann. Dann wird im Team geprüft, wer weiter daran arbeiten kann. Denn Einrichtungsleitungen berichteten, dass sie bereits Erfahrungen mit anderen Projekten machen mussten, die nicht immer positiv waren. Frust entsteht, wenn es zu einem vorzeitigen Ende, auch aus finanziellen Gründen, kommt. Das hat sich das Team zu Herzen genommen, was die Bereitschaft, eigene Denkmuster zu hinterfragen und Kritik anzunehmen, erfordert.

Visionen und Ziele

Bei INNklusion geht es nicht nur um die Entwicklung kurzfristiger Lösungen, sondern um einen langfristi-

gen Wandel. Eine der zentralen Herausforderungen dabei ist, nachhaltige Strukturen zu schaffen, die auch unabhängig vom Kernteam weiter bestehen können. Ein nächster Schritt wäre die Ausweitung des Projekts: „Wir möchten, dass andere Hochschulen und Institutionen von unseren Erfahrungen profitieren können.“ Dafür macht das Team seine zentralen Ergebnisse, Vorgehen und konzeptuelle Arbeit öffentlich zugänglich und stellt zum Beispiel einfache 3D-Druckvorlagen für seine Assistenzlösungen open source zur Verfügung. Außerdem ist das Team bestrebt, das Thema an der Universität Innsbruck auf vielen Ebenen präsent zu machen und Studierende mit Expert*innen zu vernetzen. So kommen im vierteljährlichen Ideen-Café, einem zentralen Angebot von INNklusion, Menschen mit Behinderungen, Studierende, Forschende und Interessierte zusammen, um gemeinsam Ideen zu schmieden und Barrieren zu hinterfragen. Der Raum lebt von gegenseitigem Respekt und Offenheit und hat sich als Vernetzungsort für Engagierte in Innsbruck etabliert. Neben der Verstärkung der neu entstandenen Formate und Lehrveranstaltungen gibt es viele weitere Ideen: So kam etwa eine Besucherin des Ideen-Cafés auf den Gedanken einer „assistive technology platform“, die Menschen mit Behinderungen vernetzt und den Austausch von Ideen und Ressourcen erleichtert. „Es gibt so viele Lösungen da draußen, aber oft weiß man gar nicht, dass sie existieren“, erklärt Katharina. ■

INNklusion dankt allen Mitwirkenden und Unterstützer*innen. Nur durch ihr Vertrauen, ihre Mitarbeit und ihre kritischen Anregungen ist all dies möglich geworden. Für alle, die sich online beraten lassen möchten – egal wo sie leben –, ist INNklusion unter innklusion@uibk.ac.at erreichbar.



Foto: privat

HELEN SCHINDLER studiert in Innsbruck den Master „Gender, Kultur und sozialer Wandel“ und ist seit Oktober 2024 im Team der read.me. Helen ist studentische Hilfskraft am Zentrum für Interdisziplinäre Geschlechterforschung und Mitglied der GEW Bayern.

BAföG-Urteil

DER STAAT LÄSST STUDIERENDE IM STICH

Das Bundesverfassungsgericht hat im Herbst 2024 eine BAföG-Klage abgelehnt. Damit wurde eine Chance vertan, die soziale Ungleichheit im Bildungssystem zu verringern. Studierende bleiben auf der Strecke.

Die BAföG-Klage zielte darauf ab, das Fördersystem an die realen Lebensbedingungen anzupassen. Die Klägerin argumentierte, dass die unzureichenden Leistungen gegen Artikel 12 (freie Berufswahl) und Artikel 3 (Gleichbehandlung) des Grundgesetzes verstoßen. Das Bundesverfassungsgericht sah jedoch keinen Verstoß, da der Staat nicht verpflichtet sei, sämtliche Kosten eines Studiums zu tragen. So wurde erneut bestätigt: Bildung stellt in Deutschland kein einklagbares Individualrecht dar. Die Entscheidung ignoriert die finanzielle Realität Studierender.

Ein System am Limit

Die Realität zeigt: 2024 erhielten nur noch elf Prozent der Studierenden BAföG – ein historisches Tief. Selbst der BAföG-Höchstsatz deckt weder die Miet- noch die Lebenshaltungskosten in Großstädten. Besonders betroffen sind Studierende mit chronischen Erkrankungen, Behinderungen oder Care-Verantwortung. Sie finden im Urteil keine Beachtung, da es verkennt, dass ein Studium der Bildung dienen sollte – nicht der Erwerbsarbeit.

Ein Urteil mit fatalen Folgen

Die GEW und die GEW Studierenden kritisieren die Entscheidung scharf: Sie ist ein Schlag ins Gesicht

aller, die auf soziale Gerechtigkeit in der Bildung hofften. Statt Chancengleichheit zu fördern, wird soziale Ungleichheit manifestiert. Besonders problematisch ist die ideologische Vorstellung, dass Bildung eine individuelle Verantwortung sei. Diese Sichtweise verkennt, dass der Zugang zu Hochschulbildung ein gesellschaftliches Gut ist, das allen offenstehen sollte – unabhängig vom sozialen Hintergrund.

Das Urteil missachtet die Realität einer prekarierten Studierendenschaft und dass der Staat sich nach wie vor seiner Verantwortung für Chancengleichheit entzieht. Wenn Bildung als individuelles Risiko statt als gesellschaftliche Investition betrachtet wird, droht eine weitere Verschärfung sozialer Ungleichheit.

Was muss sich ändern?

Die Forderungen sind klar: Eine grundlegende Reform des BAföG-Systems umfasst eine Förderung, die unabhängig vom Einkommen der Eltern gestaltet und dynamisch an die Lebenshaltungskosten angepasst ist. Gleichzeitig müssen strukturelle Hindernisse für besonders belastete Gruppen abgebaut werden. Das Ziel muss sein, Bildung als ein Grundrecht zu verankern, das gleiche Chancen für alle garantiert. ■



MAXINE HAASE studiert an der Ruhr-Universität Bochum, ist Mitglied der GEW Nordrhein-Westfalen und seit Dezember 2023 im Sprecher*innenteam des Bundesausschusses GEW Studierende (BAGS).

TVStud 2025

DER KAMPF FÜR DEN TARIFVERTRAG GEHT WEITER!

Seit 2019 setzt sich die TVStud-Bewegung für bessere Arbeitsbedingungen und eine tarifliche Absicherung von studentischen Beschäftigten ein. Jetzt geht es weiter!

Die Tarifrunde 2023 war von einer beeindruckenden Mobilisierung geprägt: Am 20. November, dem bundesweiten Hochschulaktionstag, legten Beschäftigte an über 80 Hochschulen ihre Arbeit nieder, während an mehr als 100 Hochschulen Aktionen stattfanden. Diese Proteste führten zu einer historisch hohen Streikbeteiligung.

Durchbruch erzielt

Nach intensiven Verhandlungen, zahlreichen Demonstrationen und bundesweiten Streikaktionen einigten sich die Gewerkschaften und der Arbeitgeberverband. Die Einigung schloss die studentischen Beschäftigten erstmals über eine sogenannte schuldrechtliche Vereinbarung mit ein. In dieser beidseitigen Regelung wurden Mindestentgelte und eine Mindestvertragslaufzeit von zwölf Monaten festgelegt. Darüber hinaus gelang es, das Thema Mitbestimmung für studentische Beschäftigte stärker in den Fokus zu rücken. Mit diesem Durchbruch setzte die TVStud-Bewegung ein klares Zeichen: Die Arbeit der studentischen Beschäftigten ist unverzichtbar. Sie verdient Wertschätzung, angemessene Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen!

Nächste Tarifrunde steht an

Ende 2025 steht die nächste Tarifrunde an – und unser Kampf für bessere Arbeitsbedingungen

sowie einen echten TVStud geht weiter. Jetzt heißt es dranbleiben, erneut Anlauf nehmen und gewinnen! Den Auftakt dafür bildete die bundesweite TVStud-Organizingkonferenz, die im Februar 2025 in Göttingen stattgefunden hat. Sie markierte den Start für das Organizingsemester. Ziel ist es, an den Hochschulen in zahlreichen 1-zu-1-Gesprächen mit unseren Kolleg*innen über unsere Arbeitsbedingungen als studentische Beschäftigte zu sprechen. Die Ergebnisse dieser Gespräche sollen direkt in die Forderungsfindung der Gewerkschaften für die kommende Tarifrunde einfließen. Denn: Am 31. Oktober 2025 läuft der aktuelle Tarifvertrag aus und läutet damit ein neues Streiksemester ein! In dieser entscheidenden Phase wollen wir und die gesamte TVStud-Bewegung unsere Kolleg*innen zahlreich mobilisieren und mit vielen Aktionen an den Hochschulen den Druck auf die Arbeitgeber erhöhen. Am Ende dieser Tarifrunde soll ein eigener Tarifvertrag – der TVStud – stehen. Nur gemeinsam verbessern wir die Lage von hunderttausenden Studierenden und holen langfristig Arbeitskämpfe und Gewerkschaften an die Hochschulen. Wir können etwas bewegen – seid dabei! ■

Alle Neuigkeiten zur TVStud-Bewegung und Kontaktinformationen zu lokalen Initiativen finden sich unter www.tvstud.de.



Foto: Thomas Reese

ERIK ZANDER studiert auf Lehramt und ist aktuell Mitglied im Sprecher*innenteam des Bundesausschusses GEW Studierende (BAGS) und Aktiver im TVStud Brandenburg.

AKTUELLES AUS DEM BAGS



Gewerkschaftstag

Ende Mai findet der 30. Gewerkschaftstag der GEW in Berlin statt! Wir bereiten uns seit langem auf dieses Großevent vor: Sowohl auf unseren Sitzungen als auch bei einem Workshop haben wir an über 30 Anträgen mitgearbeitet. Als BAGS bringen wir selbst Anträge z. B. zu den Themen Tarifikampf, Tarifflicht und BAföG ein. Wir haben außerdem gemeinsam mit den Bundesausschüssen Junge GEW sowie Hochschule und Forschung Anträge erarbeitet. Ende April treffen sich die 76 Jugend-Delegierten online, um sich gemeinsam einzustimmen und vorzubereiten. Außerdem wird es auf dem Gewerkschaftstag einen Info-Stand und eine eigene Zeitung geben!

Tarifrunde der Länder 2025

Im Dezember startet die nächste Tarifrunde der Länder in Potsdam. Bis dahin haben wir viel vor. Nach der TVStud-Organizing-Konferenz in Göttingen beginnt mit dem Sommersemester 2025 nun das betriebliche Organisieren. Unser Ziel: Wir wollen bis zum 3. Juli über 5.000 1-zu-1-Gespräche führen. Am Stichtag soll dann bundesweit die TVStud-Forderungsdiskussion stattfinden. Kollektiv wollen wir über unsere Anliegen für die Tarifrunde sprechen. Nur wenn wir im Sommersemester unsere Kolleg*innen vom Tarifikampf und den Gewerkschaften überzeugen, können wir im Wintersemester 2025/26 auf der Straße erfolgreich sein!

DGB-Bundesjugendkonferenz

Im November 2025 findet außerdem die Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) statt. Auf dieser Konferenz wird der Rahmen der Arbeit der DGB-Jugend für die nächsten vier Jahre gestaltet. Die GEW-Delegation wird unsere Expertise und unsere Positionen einbringen, und gemeinsam mit den anderen Gewerkschaftsjugendlichen kämpfen wir für ein zukunftsfähiges Programm und für junge Perspektiven im DGB. ■

Was ist der BAGS ?

Der Bundesausschuss GEW Studierende (BAGS) ist die Vertretung der Studierenden innerhalb der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) auf Bundesebene. Als gewerkschaftlich organisierte Studierende setzen wir uns für bessere Studienbedingungen, die Demokratisierung der Hochschulen und faire Arbeitsverhältnisse ein. Dazu zählt auch der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, insbesondere ein Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte (#TVStud) sowie ein existenzsicherndes BAföG. Unser Ziel ist es, die Interessen der Studierenden nicht nur innerhalb der GEW, sondern auch in der breiteren Gesellschaft wirksam zu vertreten.

Aus jedem Landesausschuss der GEW Studierenden wird ein Mitglied in den BAGS delegiert, um die bundesweite Arbeit zu koordinieren. Das Sprecher*innenteam des BAGS wird jährlich gewählt.

Du hast Fragen an uns oder möchtest aktiv werden? Dann schreib uns:

studierende@gew-bundesausschuesse.de

oder über Instagram:

<https://www.instagram.com/gewstudis/>

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Hauptvorstand, Postfach 900409, 60444 Frankfurt am Main
Tel.: 069 78973-0, Fax: 069 78973-103
E-Mail: info@gew.de, Internet: www.gew.de
Redaktion: Dr. Andreas Keller (V. i. S. d. P.), Dana Dülcke, Lea Dahms, Elias M. Leikeb, Vanessa Osagie, Helen Schindler, Henning Tauche, Dagmar Thiel.
Lektorat: Andrea Vath
Gestaltung: Werbeagentur Zimmermann GmbH, 60431 Frankfurt am Main
April 2025